

# Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



**Ausgabe 51** – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 08.01.2021

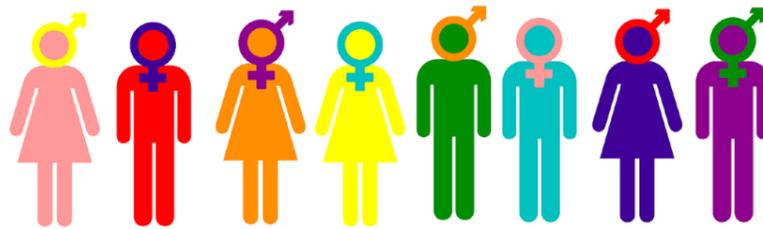


Nur die benachteiligte oder herabgewürdigte Gruppe oder Person entscheidet darüber, ob sie überhaupt herabgewürdigt oder benachteiligt wurde. Die anderen Menschen steht diese Beurteilung nicht zu, da sie im Zweifelsfall die Täter\*Innenrolle einzunehmen haben. Mit dieser Einstellung ist die Diskussion um Rassismus / Diskriminierung beendet, da die „Diskriminierten“ alleine über eine echte oder gefühlte Herabwürdigung entscheiden. Somit ist die Mehrheit automatisch im Unrecht und trägt eine moralische Schuld. Kann die Minderheit eigentlich auch eine Mehrheit herabwürdigen? Wenn zum Beispiel Afrodeutsche (lt. Duden in Deutschland lebende Menschen mit dunkler Hautfarbe) den Eurodeutschen (falls es diesen Begriff für hellhäutige Menschen gibt) pauschal Rassismus vorwerfen – ist das dann struktureller Rassismus? Bestimmt sind nicht alle „Weißen“ Rassisten\*Innen. Sind „Weiße“ schon Rassisten\*Innen, weil sie sich als weiß bezeichnen und damit auf eine unterschiedliche, nicht bestreitbare Hautfarbe hinweisen? Wie bezeichnen sich Menschen mit einer Hautfarbe die eher einem „Schorle“ entspricht? Buntdeutsche? Meliertdeutsche? Wird vielleicht viel zu viel Wert auf das „Gesagte“ gelegt, welches man um jeden Preis zwischen den Zeilen falsch auslegen will, statt sich um das Verständnis für das „Gesagte“ zu bemühen?

Eilmeldung: Frauenquote in Unternehmensvorständen kommt! Endlich hört die Benachteiligung von Frauen auf. Frauen müssen endlich die gleichen Chancen haben wie Männer – von denen wird schließlich auch jeder einmal Vorstandsmitglied!

Eine Frage bleibt aber ungeklärt: Welchem Geschlecht steht die Spitzenposition im Unternehmen, der Behörde oder der Regierung zu? Wird es genderneutral zukünftig zwei Bundeskanzler\*Innen, Vorstandsvorsitzend\*Innen, ... geben?

## Rassismus und Diskriminierung und Gleichstellung



Bildquelle: kathspace.com

Schützt dieses Gesetz aber auch alle anderen Geschlechter vor Benachteiligung? Darf ein Unternehmensvorstand straflos nur aus Frauen bestehen und so Männer diskriminieren? Diskriminiert diese Festlegung auf Männer und Frauen nicht alle Menschen, welche sich unter dem Oberbegriff „Divers“ wiederfinden?

Sollten nicht generell die Jobs in allen Hierarchieebenen paritätisch – nach geschlechtlichem Bevölkerungsanteil – vergeben werden? Falls keine qualifizierten Bewerber\*Innen zur Verfügung stehen, ist die Stelle weiterhin auszuschreiben und es darf nur ein falschgeschlechtlicher Bewerber\*In mit Zeitvertrag beschäftigt werden, bis ein Arbeitsnehmender mit dem ausgeschriebenen Geschlecht zur Verfügung steht. Könnte bezüglich der Frauen und Diversen bei allen Bauberufen eng werden – dient aber der Gerechtigkeit. Auch in Schulen und Kitas ist ein männlicher Personalmangel dann sicher – dient aber auch der Gerechtigkeit. Dieses Beispiel zeigt aber auch die Chancen deutlich auf: Das Spielen mit Bauklötzen qualifiziert die dann wegen der Quote auszustellende Kinderpflegerin für den Bauberuf, und für den Maurer sollte es auch egal sein, ob er Ziegelsteine oder Bauklötze stapelt.

Eine verbindliche Quote für alle Bereiche des Lebens reduzierte auch die Anzahl der Studierenden und mehr junge Menschen erlernten einen Beruf, weil sie wegen ihres Geschlechts nicht studieren dürften. Die Anzahl der Ingenieurstudent\*Innen ginge um 50 % zurück, da zurzeit nur max. 25 % der Studierenden

Frauen sind. Im Bereich der Sozialen Arbeit könnte man die Studierendenanzahl sogar um ca. 80 % senken, da durchschnittlich nur 10 % der Student\*Innen Männer sind.

Insgesamt würde sich aber das Bildungs- und Ausbildungsniveau in Deutschland merklich erhöhen, da immer mehr Menschen mehrere Berufe erlernen / studieren würden, bis sie ihren eigentlichen Wunschberuf quotiert ergreifen dürften. Dann hätten wir eine echte Bildungsrepublik – ein Leben lang auf der Jagd nach dem Wunschberuf – lebenslanges Lernen ganz freiwillig!

Natürlich müsste man bei dieser absoluten Gleichstellung mit einer erheblich niedrigeren Produktivität und Motivation der Mitarbeiter rechnen, da nicht mehr Wissen, Können und Berufsbegeisterung für die Einstellung primär wichtig wären, sondern das echte oder gefühlte Geschlecht.

Gleichstellung – wörtlich – bedeutet aber auch, dass Frauen ebenso wie Männer im Stehen pinkeln dürfen / müssen.

100 % aller Mütter sind Frauen. Hier werden Männer eindeutig benachteiligt, da sie aufgrund ihres Geschlechts von Schutzvorschriften (z.B. Arbeits- und Mutterschutz) ausgeschlossen sind. Dieses Thema wird von weiblichen Politiker\*Innen selbstverständlich nicht bearbeitet, da es dann um die Aufgabe eigener geschlechtsspezifischer Privilegien ginge.

Übrigens: Der Autor bewarb sich vor vielen Jahren als Gleichstellungsbeauftragter in einer großen Behörde und wurde abgelehnt, weil er ein Mann ist. War das eine geschlechtsspezifische Diskriminierung?

Eine ungesunde Mischung aus rechtsradikaler Staatsablehnung und unsinniger Radikalopposition bildete sich in den letzten Wochen und Monaten. Man musste nachlesen, ob die politischen Wortmeldungen von der AfD oder der FDP abgesehen wurden, da inhaltlich nicht erkennbar war, welcher der beiden Parteien die Äußerungen zuzuordnen waren.

Nach Meinung des zu Recht nahezu unbekanntes bayerischen FDP –Parteivorsitzenden Föst sollte die FDP als liberale Kraft ab 2021 in Berlin mitregieren. Da war mal was: „Besser nicht regieren, als schlecht regieren“ so lehnte Unterhemden – Lindner das Mitregieren in der aktuellen Wahlperiode ab, denn mit konservativen Grünen regieren geht gar nicht. Dann schon lieber mit der AfD, wie FDP – Kemmerich in Thüringen als Kurzzeitministerpräsident von AfD – Gnaden klarmachte.

Föst glaubt, die FDP würde gebraucht, weil sie etwas von Wirtschaft, Finanzen und Digitalisierung verstünde. Belege für diese Behauptung kann er aber nicht vorlegen.

Laut Föst fehle eine langfristige Strategie, bei der mit wissenschaftlicher Kraft (Bemerkung Hofnarr: Vor jeder Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz werden dieselben von der wissenschaftlichen Elite Deutschlands beraten.) nach Infektionsquellen gesucht würde um sie zu identifizieren. Die Schließung der Gastronomie hätte nichts gebracht – willkommen bei der AfD.

Laut Föst müssten gefährdete Einrichtungen wie Pflegeheime und Schulen besser geschützt werden – geht nur durch Öffnung derselben – siehe AfD.

Laut Föst ist die Ausgangssperre unverhältnismäßig – könnte auch von der AfD sein.

Laut Föst hält es die FDP für falsch politische Inhalte nach Umfragen festzulegen wie es andere Parteien machten. Sie folgten ihren Überzeugungen und Werten – auch diesen Vorwurf teilt man sich mit der AfD

Laut Föst versagt der Staat in der Corona – Krise beim Schutz der meistgefährdeten Gruppen, der Bewohner in Pflege- und Seniorenheimen, ebenso wie beim Schulunterricht und der Kinderbetreuung. Auch der Impfstart war seiner Meinung nach eine Katastrophe – nur eine der Gemeinsamkeiten mit der AfD.

Prof. Dr. Jörg Meuthen, Bundessprecher und Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament, fordert einen Untersuchungsausschuss auf EU-Ebene: „*Unabhängig davon, wie man zur Corona-Impfung steht, sollte jeder Bürger die Möglichkeit haben, sich impfen zu lassen. Dass vielen Bürgern in Mitgliedsstaaten der EU, exemplarisch uns Deutschen, um deren Wohl sich zu kümmern zum Amtseid der Kanzlerin gehört, diese Möglichkeit derzeit verwehrt wird, während in anderen Ländern Impfdosen in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen, ist auf kaptales Regierungsversagen zurückzuführen. ...*“ (Quelle: afd.de)

Herr Meuthen bereitet bereits seine nächste Karriere als Comedian vor. Er fordert einen Untersuchungsausschuss weil die Impfkampagne gegen eine Krankheit, die es laut AfD nicht gibt bzw. die nicht gefährlich ist, schlecht organisiert sei.

Für die FDP heißt es offensichtlich: Von der AfD lernen, heißt siegen lernen. Eigentlich müssten sich die AfD und die FDP zu einer Partei zusammenschließen oder ehrlicherweise vor den Wahlen schon entsprechende Koalitionsaussagen machen.